

Extremisten nutzen das politische Vakuum in Kosovo

Dušan Reljić

Der Tod von zwei serbischen Jugendlichen am 13. August 2003, die von unbekanntem Angreifern bei einem Badeausflug in der Nähe des Dorfes Gorazdevac bei Peć mit Feuer aus Maschinengewehren ermordet wurden (vier weitere Jugendliche erlitten schwere Verletzungen), markiert den Beginn eines noch grausameren Abschnitts des Kampfes um Kosovo. Entsprechend müssten die Europäische Union und die USA ihre Bemühungen um eine dauerhafte friedliche Regelung für die Region kurzfristig verstärken. Anderenfalls könnte sich ein politisches Vakuum noch vergrößern, das extremistischen Kräften zusätzliche Handlungsmöglichkeiten verschafft.

Es ist aber nicht erkennbar, daß im Westen politische Initiativen vorbereitet werden, um den festgefahrenen Friedensprozeß in Kosovo zu beleben und die immer kritischer werdende Sicherheitslage zu entschärfen. Insbesondere nach dem EU-Gipfel in Thessaloniki Ende Juni überwiegt der Eindruck, daß das westliche Interesse an politischen Regelungen für den Westbalkan weiter sinkt. Als einzig hervorstechendes Ergebnis wurde vereinbart, daß Belgrad und Priština in einen direkten Dialog eintreten. Zu dem Eindruck, daß die westliche Politik in Kosovo zum Stillstand gekommen ist, trägt auch der um fast zwei Monate verzögerte Wechsel zwischen dem bisherigen Chef der UN-Verwaltung (UNMIK), dem deutschen Diplomaten Michael Steiner, und seinem Nachfolger, dem ehemaligen finnischen Ministerpräsidenten Harri Holkeri, bei. Gleichzeitig wird von verschiede-

nen Seiten die Notwendigkeit einer Lösung für den Status von Kosovo immer eindringlicher betont. Holkeri erklärte indessen, daß er keine Möglichkeit sehe, während seines einjährigen Mandats zu einem von allen Beteiligten getragenen Ergebnis zu gelangen.

Eine neue albanische Offensive?

Eine in ihrer Bedeutung noch schwer einschätzbare Organisation, die »Front für die Nationale Vereinigung der Albaner« (FBKSH; alb.: Fronti për Bashkim Kombëtar Shqiptar), ist mit ihrem militärischen Arm, der »Albanischen Nationalarmee« (AKSH; alb. Armata Kombëtare Shqiptare), seit dem Frühjahr 2003 bemüht, durch immer brutaleren terroristischen Angriffen die ohnehin brüchige Stabilität in Kosovo zu unterminieren und die Vereinigung aller Albaner in

einem Staat zu erzwingen. Sie kann dabei die Tatsache nutzen, daß die gewählten politischen Vertreter der Albaner in der Region immer unglaubwürdiger werden: Nach vier Jahren UN-Protectorat sind sie der völkerrechtlichen Unabhängigkeit für Kosovo, für die sich alle albanischen Politiker einsetzen, nicht entscheidend näher gekommen.

Die FBKSH griff in der zweiten Augusthälfte mit ihrer militärischen und politischen Offensive über Kosovo hinaus. Nach einer längeren Ruhezeit gab es mehrere bewaffnete Angriffe auf das serbische Militär und auf die Polizei in Südserbien (Preševo-Tal, Medveđa und Bujanovac), ein Gebiet, das von radikalen Albanern als »Ost-Kosovo« bezeichnet wird. Die FBKSH rief die politischen Parteien der Albaner auf, sich dem Kampf für einen gesamtalbanischen Staat anzuschließen. In einem über das Internet verbreiteten Interview warf der FBKSH-Sprecher, Alban Vlosa, den albanischen politischen Parteien in Südserbien vor, ihre bisherige Strategie habe versagt. Diese hatten sich vor zwei Jahren unter westlichem Druck auf ein Abkommen mit der Regierung in Belgrad geeinigt und, nach einer Amnestie für die meisten Aufständischen, dem bewaffneten Kampf eine öffentliche Absage erteilt.

Belgrad hofft auf die USA

Zur Unruhe im albanischen Lager trug ebenfalls die erkennbare Annäherung zwischen Washington und Belgrad in den letzten Monaten bei. So wurde nach Belgrader Presseberichten der Vorschlag des serbischen Ministerpräsidenten Zoran Živković Ende Juli in Washington begrüßt, 1000 Soldaten aus Serbien und Montenegro für UN-Friedensmissionen in Liberia und anderswo zur Verfügung zu stellen. Schon vorher wurde die gesamte Wirtschaftshilfe der USA an Serbien für dieses Jahr freigegeben, nachdem Veselin Šljivančanin, ein wegen Kriegsverbrechen in Kroatien gesuchter ehemaliger Major der Jugoslawischen Volksarmee, in Belgrad festgenom-

men und nach Den Haag überstellt worden war.

Živković meinte nach seiner Rückkehr aus Washington, die Kritik albanischer Politiker an seinem Vorschlag, serbische Truppen an internationalen Friedenseinsätzen zu beteiligen, lasse sich »leicht« erklären. Sie hätten zu Recht begriffen, daß dieser Einsatz letztendlich die Rückkehr des serbischen Sicherheitskräfte nach Kosovo im Einklang mit der UN-Resolution 1244 ermögliche. Der Premier gab damit seiner Einschätzung Ausdruck, daß sich die Beziehungen Serbiens mit den USA und dem Westen insgesamt sehr zum Besseren gewendet haben. Er zeigte sich auch zufrieden, daß der UN-Sicherheitsrat am 18. August 2003 kurzfristig eine Sondersitzung abgehalten hat, bei der die Ermordung der serbischen Jugendlichen in Gorazdevac verurteilt wurde. Zum ersten Mal nach mehr als einem Dutzend Jahren werde in der UNO der serbischen Seite »richtig« zugehört, stellte der Premier fest und registrierte, diesmal dominierten nicht die albanischen Stimmen. Auf die Warnungen einiger westlicher Mitglieder des Sicherheitsrats ging er nicht ein. So hatte der britische Gesandte Belgrad und Priština darauf hingewiesen, daß der serbisch-albanische Dialog nicht durch einen heftigen Austausch gegenseitiger Beschuldigungen gefördert werde. Abgelehnt hatte der Gesandte den Vorschlag Belgrads, das Kosovo-Schutz-Korps und damit eine Organisation, in die ehemalige Mitglieder der albanischen Guerilla überführt wurden, aufzulösen.

Mit Zufriedenheit wurden hingegen in Belgrad die Ansichten einzelner amerikanischer Analytiker vernommen, wonach Washington in Belgrad einen potentiellen Verbündeten im Kampf gegen den globalen Terrorismus sieht. Immer wieder heißt es in den Medien, daß islamische Fundamentalisten in Bosnien, Kosovo, Albanien und Westmakedonien, also in Gebieten, die zu einem großen Teil von Moslems bewohnt werden, Unterschlupf finden. Erinnert wurde daran, daß unter den Terroristen,

die an den Anschlägen am 11. September 2003 in den USA teilgenommen haben, auch einige waren, die früher in Bosnien an der Seite der Regierung in Sarajevo gekämpft hatten.

Serbisch-albanischer Dialog noch in weiter Ferne?

Mitte August schlug die serbische Regierung dem Parlament eine politische Plattform für die seit langem vom Westen geforderten direkten Gespräche zwischen Belgrad und Priština vor. Dadurch suchte sie die Kritik abzuschwächen, wonach Belgrad nach dem Mord an Ministerpräsident Zoran Đinđić im Grunde keine Kosovo-Politik habe, sondern höchstens die Arbeit der UNMIK untergrabe. In dem Dokument wird die Souveränität Serbiens über Kosovo bekräftigt und unter Berufung auf die UN-Resolution 1244 gleichzeitig eine weitgehende Autonomie für Kosovo angeboten. Diese Formulierung ist allerdings vieldeutig genug, um fast für jede Lösung brauchbar zu sein, auch für eine nur formale territoriale Zugehörigkeit Kosovos zu Serbien.

Nicht nur in den Restzirkeln des Milošević-Lagers in Serbien regen sich, angesichts der angekündigten Gespräche mit den Albanern, starke Widerstände gegen die »weiche« Kosovo-Politik der Belgrader Regierung, die als Teil einer Annäherung an den Westen gilt. So verbreitete Anfang August die Serbische Orthodoxe Kirche ein »Memorandum über Kosovo und Metohija«, in dem es unter anderem heißt: »Was Jerusalem für das jüdische Volk ist, ist Kosovo für das serbische Volk.« Vojislav Koštunica, der ehemalige jugoslawische Staatspräsident und Vorsitzende der Demokratischen Partei Serbiens, der momentan nach Meinungsumfragen stärksten politischen Kraft, lehnt Verhandlungen mit Priština ab, zumindest, solange die 230 000 nach der NATO-Intervention 1999 geflüchteten und vertriebenen Serben und andere Nicht-Albaner nicht nach Kosovo zurückkehren können.

Živković ist augenscheinlich überzeugt, aus einer Position der Stärke in die Verhandlungen mit Priština gehen und dabei innenpolitisch punkten zu können. Das Ansehen seiner Regierung ist wegen zahlreicher Korruptionsaffären angeschlagen, in die hohe Staatsbeamte verwickelt sind. Bei den Gesprächen mit Priština sollen Fragen der Stromversorgung und des Straßenverkehrs sowie andere Probleme behandelt werden. Die verbleibende Zeit für einen Beginn der Gespräche wird jedoch knapp, da in Serbien und Kosovo 2004 und in Albanien 2005 Parlamentswahlen stattfinden. Unter Umständen kann in Serbien sogar noch früher gewählt werden, falls das Land, wie der Premier versprochen hat, noch im Februar kommenden Jahres eine neue Verfassung bekommen sollte. Ob die Regierung jedoch Nutzen aus ihrer derzeit offensiven Kosovo-Politik ziehen kann, ist mehr als fraglich. Nach allen Erhebungen sind für die Bevölkerung die wirtschaftliche Misere, die grassierende Korruption und die Kriminalität von größerer Bedeutung als der Status von Kosovo.

Die Position der Vertreter der Kosovo-Albaner andererseits ist seit langem festgelegt. Sie läßt zunächst kaum Raum für eine konsensuale Konfliktregelung. Weder der Präsident Kosovos, Ibrahim Rugova, noch Hashim Thaçi, der frühere Anführer der »Befreiungsarmee Kosovos«, haben zu erkennen gegeben, daß sie irgend etwas anderes als die volle staatliche Unabhängigkeit der Provinz zu akzeptieren bereit wären. Thaçis jüngste Äußerungen zugunsten eines mehrjährigen Moratoriums für die Erörterung der Status-Frage sind wohl damit zu erklären, daß er sich angesichts einer drohenden Anklage vor dem Internationalen Kriegsverbrechertribunal im Haag als konstruktiver Partner präsentieren möchte.

Reaktionen in Albanien und Makedonien

Wie angespannt die Beziehungen in der Region sind, hat auch der Beginn der

© Stiftung Wissenschaft und Politik, 2003
Alle Rechte vorbehalten

SWP
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN 1611-6364

Verfassungsdebatte in Serbien gezeigt. Für zahlreiche serbische und albanische Politiker ist die Debatte eine willkommene Gelegenheit, ihre nationale Gesinnung angesichts bevorstehender Wahlen unter Beweis zu stellen. Die Tatsache, daß Kosovo in den Entwürfen für die neue Verfassung erneut zum Teil des serbischen Territoriums erklärt wird, deuten wichtige albanische Politiker in Kosovo, Makedonien und Albanien als Herausforderung. So verurteilte Servet Pellumbi, der Vorsitzende des albanischen Parlaments, nach Angaben der Albanischen Presseagentur ATA vom 16. August 2003, diesen Verfassungsentwurf. Er stehe »im Widerspruch zur langfristigen Politik der Zusammenarbeit und regionalen Integration wie auch der Stabilität und Sicherheit in der Region«. In Makedonien stellte der Vorsitzende der oppositionellen Demokratischen Partei der Albaner, Arben Xhaferi, fest: »Kriege und Konflikte auf dem Balkan beginnen immer, sobald die Serben ihre Verfassung ändern.« Er verlangte diplomatische Initiativen in Übereinstimmung »mit den neuen Realitäten auf dem Balkan, nicht nur in Serbien und Kosovo, sondern auch in Makedonien«.

Perspektiven

Insgesamt befinden sich Kosovo und die angrenzenden Gebiete in Südserbien und Makedonien zunehmend in gespannter Unruhe. Besonders problematisch erscheint die Tatsache, daß radikale illegale Organisationen wie die FBKSH/AKSH die Initiative an sich gerissen haben, weil dadurch Extremisten der Gegenseite ihre Chance nutzen. So wurde am 19. August 2003 ein junger Serbe in der Nähe von Kosovska Mitrovica unter dem Verdacht festgenommen, Anfang August einen Polizisten der UNMIK aus dem Hinterhalt erschossen zu haben. Tagtäglich gibt es gegenwärtig Berichte über neue Gewalttaten und Zusammenstöße zwischen Albanern und Serben. Weder die Regierung in Belgrad noch die albanischen Politiker in Kosovo scheinen derzeit über Mittel zu verfügen, Extremi-

sten in den eigenen Reihen unter Kontrolle zu bringen. Während die USA spätestens seit dem Anfang des Kosovo-Krieges 1999 offen direkte Kontakte zur »Befreiungsarmee Kosovos« (UÇK) unterhielten und sie zumindest beeinflussen konnten, sind die heutigen radikalen Elemente allem Anschein nach *unabhängig* in ihren Operationen. Die westlichen Mächte und die UNO stehen jetzt vor der Wahl, diese Kräfte entweder ohne Zögern mit aller Entschiedenheit zu bekämpfen – oder sie vermutlich am Ende als kompromißlose Partner am Verhandlungstisch zu begrüßen. Um ein sich verstärkendes politisches Vakuum in Kosovo zu vermeiden, wäre zum Beispiel eine erneute Aktivierung der internationalen Balkan-Kontaktgruppe (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Rußland) zweckdienlich. Die Gruppe könnte die abhanden gekommene Aufmerksamkeit der internationalen Gemeinschaft erneut auf den Krisenherd Kosovo lenken. Der neue Chef der UN-Verwaltung, Harri Holkeri, braucht dringend politischen Rückhalt. Für die nächsten Monate können auch bewaffnete Zusammenstöße der UN-Friedenstruppe sowie der internationalen Polizei- und Sicherheitskräfte mit den Extremisten der Region nicht ausgeschlossen werden.